

Lula kündigt Castros Rückkehr an

Fidel Castro scheint sich wieder zu erholen - nach einem Treffen in Havanna sagte Brasiliens Präsident Lula da Silva, dieser sei bereit, "seine politische Rolle in Kuba und seine Rolle in der Geschichte wieder einzunehmen".

Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva hat sich nach einem Treffen mit Fidel Castro positiv über den Gesundheitszustand des kubanischen Staatschefs geäußert. Fidel Castro sei bei klarem Verstand und bereit, "seine politische Rolle in Kuba und seine Rolle in der Geschichte wieder einzunehmen".

Nach dem zweieinhalbstündigen Treffen mit dem 81-Jährigen scherzte Lula vor Journalisten: "Fidel sprach zwei Stunden und ich eine halbe." Castro ist seit einer Magenoperation im Juli 2006 nicht mehr in der Öffentlichkeit aufgetreten. Die Amtsgeschäfte hat er seinem Bruder Raúl übertragen, mit dem Lula ebenfalls zusammenkam. Raúl Castros Tochter Mariela sagte unterdessen, ihrem Onkel Fidel gehe es "sehr gut".

Wenige Stunden vor der Begegnung mit Castro unterzeichnete Lula da Silva mehrere Abkommen zur Verlängerung von Krediten für Investitionen im Straßenbau sowie zur Gesundheits- und Nahrungsmittelversorgung in Kuba.

Mit einem weiteren Vertrag erhielt der brasilianische Ölkonzern Petrobras eine Lizenz für Ölbohrungen in kubanischen Gewässern. Ähnliche Vereinbarungen wurden auch mit Ölgesellschaften aus Spanien, Kanada, Indien und Malaysia geschlossen.

Die mit Brasilien geschlossenen Abkommen seien ein weiterer Schlag für die Bemühungen der USA, Kuba mit Handelssanktionen zu isolieren, sagte der Kuba-Experte Phil Peters vom Lexington Institute in den USA. "Dies ist das jüngste Signal, dass der Rest der Welt mit der Kuba-Politik der USA in keiner Weise einverstanden ist."

Mit Fidel Castro verbindet den aus der linken Gewerkschaftsbewegung stammenden Lula eine alte Freundschaft, die sich in jüngster Zeit jedoch etwas eingetrübt hat. Castro hatte Lula scharf dafür kritisiert, dass Brasilien aus Zuckerrohr den Bio-Kraftstoff Ethanol herstellt. Damit passe es sich den USA an und trage zu der Preisexplosion von Agrar-Gütern bei, lautete der Vorwurf.

/(sueddeutsche.de/Reuters/afp/AP/ihe/maru) - SZ, 16. Januar 2008